

Um Menschen zu helfen:
Kriegerische Interventionen

MARBURG. Das heutige Konzept der humanitären Intervention besagt, daß militärische Handlungen auf dem Gebiet eines anderen Staates völkerrechtlich durchaus legitim sind, wenn sie dazu dienen, Menschen zu helfen, welche sich in einer existenziellen Notlage befinden und von niemandem anders als der Interventionsmacht Schutz erfahren können. Nun gelang dem Doktoranden Julian Katz von der Philipps-Universität in Marburg in seiner Promotionsarbeit der Nachweis, daß dieses Konzept bereits während des Krieges zwischen England und Spanien von 1585 bis 1604 eine Rolle gespielt hatte: Sowohl die protestantische Königin Elisabeth I. als auch der katholische König Philipp II. äußerten im Verlaufe des vorwiegend zur See ausgetragenen Konfliktes, bedrängte Untertanen des Gegners schützen zu wollen (Pressemitteilung der Universität Marburg vom 16. Juli 2021). Dabei zeigte sich aber gleichzeitig ein gravierender Unterschied zu den heutigen Interventionen, welche als humanitär gelten. Damals ging es nämlich keineswegs darum, jegliches menschliches Leben zu bewahren, sondern die Monarchen dachten nur an jene Personen im Feindesland, welche der „richtigen“, also der eigenen Konfession anhängen. (ts)
► www.uni-marburg.de/de/aktuelles/news/2021

Archiv-Dokumente werden
politisch korrekt frisiert

OTTAWA. Staatliche Archive sind selbstverständlich dazu da, als historisches Gedächtnis einer Nation zu fungieren. Daher verbietet es sich auch um jeden Preis, die aufbewahrten Dokumente in irgendeiner Weise zu verändern. Doch jetzt führt der wachsende Druck, „politisch korrekt“ zu handeln, erstmals zum Bruch dieses absoluten Tabus. Wie das kanadische Nationalarchiv mitteilte, wolle es „aus der Zeit gekommene Schriften“ auf seinen Internetseiten löschen oder veranlassen, daß die Dokumente „zeitgemäß neu verfaßt werden.“ Opfer dieser Fälschungssaktion sollen zunächst erst einmal die überlieferten Originaltexte aus der Feder von John Macdonald sein (Meldung von *Summit News* vom 17. Juli 2021). Der fungierte einst als erster Premierminister von Kanada und zählt zu den wichtigsten Gründungsvätern des 1867 entstandenen Bundesstaates im Norden des amerikanischen Kontinents. Macdonalds Verdienste – so das Archiv – würden aber nicht länger wertmachen, daß er auch Gesetze zur Enteignung der indianischen Ureinwohner sowie zur Beschränkung der Einwanderung von Immigranten aus China initiiert und sich in diesem Zusammenhang alles andere als „divers“ und „multikulturell“ geäußert habe. (ts)
► www.summit.news/2021/10/17/

Erste Sätze

Alexander Fjodorowitsch Karamasow war der dritte Sohn des in unserem Kreise ansässigen Gutsbesitzers Fjodor Karamasow, dessen Name damals in aller Munde war, weil sein Leben auf so tragische und geheimnisvolle Weise endete.
Fjodor Dostojewski: Die Brüder Karamasow. Roman in vier Teilen mit einem Epilog. Ost-Berlin/Weimar 1981.

Fortan ohne einen inneren Wert

Mit der Kündigung des Bretton-Woods-Abkommens beendete US-Präsident Richard Nixon 1971 die Goldbindung des Dollars / Der Verschuldungspolitik wurden die Schleusen geöffnet

THORSTEN POLLEIT

Vor 50 Jahren, am 15. August 1971, begruben die Vereinigten Staaten von Amerika die letzten Überbleibsel des Gold-Devisen-Standards: An diesem Tag beendete der amerikanische Präsident Richard Nixon die Einlösbarkeit des US-Dollar in physisches Gold. Dadurch wurde weltweit ein währungsgeschichtlich einzigartiges Goldregime aus der Taufe gehoben, wie der Ökonom Milton Friedman anmerkte: Alle wichtigen Währungen wurden zu nicht einlösbarem Papier- oder Fiat-Geld. Wie kam es dazu, und was sind die Folgen?

Dazu zunächst ein Blick in die Währungsgeschichte. Das US-amerikanische Münzgesetz vom 2. April 1929 („Coinage Act“) machte den Dollar zur amerikanischen Währungseinheit. Fortan entsprach der Dollar 371,25 Gran Feinsilber (480 Gran gleich 1 Feinunze gleich 31,1034 Gramm) oder 24,75 Gran Feingold. Das Austauschverhältnis zwischen Silber und Gold entsprach folglich 15 zu eins. Das Münzgesetz verordnete den Vereinigten Staaten somit einen „Bimetallismus“, Silber und Gold waren das gesetzliche Zahlungsmittel.

Weil aber der Marktpreis des Silbers im Vergleich zum Gold schon bald über 15 zu eins stieg, stellte sich eine Überbewertung von Silber gegenüber Gold ein, und das Grashamsche Gesetz zeigte Wirkung: Das schlechte (staatlich überbewertete) Gold verdrängte das gute (staatlich unterbewertete) Gold: Silbermünzen liefen um, Goldmünzen wurden gehortet. Die USA waren de facto auf einem Silbergoldstandard.

Durch den Goldabfluß drohte
die USA die Zahlungsfähigkeit

Die Änderung des Münzgesetzes im Jahr 1834 hob das Austauschverhältnis auf 16 zu eins. Fortan entsprach eine Feinunze Gold 20,6718 Dollar. Nun aber stellte sich heraus, daß Gold gegenüber Silber überbewertet war. Und entsprechend verdrängte das relativ billige Gold das relativ teure Silber als Geld, und Amerika war de facto auf einem Goldstandard.

Während des Bürgerkrieges 1861 bis 1865 gab die US-Regierung „Greenbacks“ aus: Dollar, die keine Silber- oder Golddeckung hatten. Das führte zu hoher Inflation der Güterpreise. Eine politische Bewegung, das Geldwesen neu zu ordnen, führte zum Münzgesetz von 1873. Darin wurde Silber als Geld demonetisiert. Fortan galt nur noch Gold als Geld; Silberanhänger sprachen vom „Verbrechen von 1873“. Indem die generelle Goldinlösepflicht für den Dollar am 1. Januar 1879 wieder eingeführt wurde, führte Amerika den Goldstandard offiziell ein. Anders als viele andere Länder hielten die USA auch während des Ersten Weltkriegs an ihm fest. Lediglich von 1917 bis 1918 gab es ein Goldexportverbot.

Ab 1933 wertete Präsident Franklin D. Roosevelt den Dollar schrittweise gegenüber dem Gold ab und setzte ihn Anfang 1934 auf 35 Dollar pro Feinunze. Am 5. April 1933 verbot Roosevelt zudem den privaten Goldbesitz; er wurde erst 1974 wieder erlaubt. Gleichzeitig mußte die US-Zentralbank (Federal Reserve) ihre Goldanlagen an das US-Schatzamt übergeben. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Dollar, wie es 1944 im System von Bretton Woods beschlossen war, zur Weltankewährung. Der Dollar war an das Gold gebunden: 35 Dollar entsprachen einer Feinunze Gold. Alle übrigen Währungen waren mit einem festen Wechselkurs an den Dollar gebunden, und dadurch hing auch sie (indirekt) am Gold.



Bretton-Woods-Konferenz Juli 1944: Der Dollar war ab jetzt an einen festen Goldkurs gebunden, alle übrigen Währungen waren mit einem festen Wechselkurs an den Dollar gebunden

Nachdem die Vereinigten Staaten Ende der fünfziger Jahre begannen, eine inflationäre Geldpolitik zu betreiben – sie vermehrten die Dollargeldmenge weit über ihre Goldbestände hinaus –, begann sich der Marktpreis des Goldes zusehends vom offiziellen Preis in Höhe von 35 Dollar abzulösen: Man befürchtete eine Abwertung des Dollar gegenüber dem Gold.

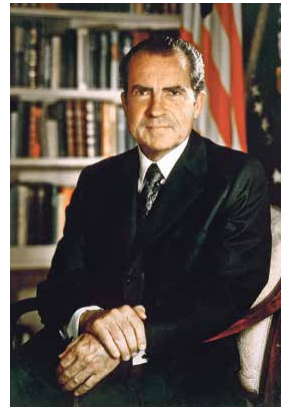
Bereits 1961 hatten die USA und sieben europäische Staaten vereinbart, den offiziellen Goldpreis von 35 Dollar pro Feinunze zu verteidigen („London Gold Pool“). Sie wickelten untereinander Goldtransaktionen zu diesem Kurs ab. Doch die Spannungen wurden so groß, daß die Vereinbarung im März 1968 zusammenbrach. Ausländische Regierungen, die Dollar hielten, verlangten zusehends die Einlösung ihrer Dollarguthaben in Gold.

Um den Goldabfluß zu beenden und damit die drohende Zahlungsfähigkeit abzuwenden, verkündete Präsident Nixon am 15. August 1971, daß der Dollar fortan nicht mehr in Gold eintauschbar sei. Durch diesen unilateralen Beschluß der USA wurden alle wichtigen Währungen der Welt zu nicht einlösbarem Fiat-Geld, ein Geldstandard, der bis auf den heutigen Tag weltweit vorherrscht.

Nach Jahrzehnten zeichnet sich immer deutlicher ab, daß sich die Abkehr vom Goldgeld zusehends als das erweist, was viele Ökonomen frühzeitig befürchtet haben: als ein Fluch.

Die Ausgabe von ungedecktem Geld sorgt nicht nur für chronische Güterpreisinflation, Wirtschaftskrisen und unsoziale Verteilung von Einkommen und Vermögen. Es treibt auch die Schuldenstände in schwindelerregende Höhen. So schätzt das Internationale Institute of Finance (IIF), daß die globale Verschuldung mittlerweile auf etwa 289 Billionen US-Dollar angeschwollen ist, das sind etwa 360 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung.

Die Staaten, die im Grunde grenzenlosen Kredit bei ihren Zentralbanken genießen, haben sich in eine Überschuldung manövriert. Mit extrem niedrigen Zinsen und einer immer weiter anschwellenden Kredit- und Geldmenge versuchen die Zentralbanken inzwischen, Zahlungsausfälle in großem Stil abzuwenden. Mittlerweile schrecken sie sogar nicht mehr davor zurück, die Güterpreisinflation in die Höhe zu treiben, um die Schulden zu entwerten.



US-Präsident Richard Nixon im Weißen Haus, 1971: Ungewiß, wie lange das ungedeckte Geldsystem hält

Wie lange man das ungedeckte Geldsystem auf diese Weise noch aufrechterhalten kann, läßt sich nicht mit Gewißheit sagen. Aber die Notwendigkeit, das Geld wieder auf eine solide Grundlage zu stellen, ist schon heute unüberschärpbar. Die Abkehr vom Goldgeld vor 50 Jahren war daher vielleicht gar nicht endgültig. So schrieb der Ökonom Ludwig von Mises: „Man hat an der Goldwährung manches auszusetzen gewußt; man hat ihr den Vorwurf gemacht, daß sie nicht vollkommen sei. Doch niemand weiß anzugeben, wie man an Stelle der Goldwährung Vollkommeneres und Besseres setzen könnte.“

Prof. Dr. Thorsten Polleit lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth und ist Präsident des Ludwig-von-Mises-Instituts Deutschland.

Das war ein
kleiner Weltkrieg

Bergkarabach: Geopolitische
Gewitterzone im Kaukasus

OLIVER BUSCH

In Danzig begann am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg. Die alte deutsche Hansestadt an der Ostsee war 1919, auf polnischen Druck hin, durch das Versailles-Diktat vom Reich abgetrennt worden. Mit der Folge, daß die scheinsouveräne „Freie Stadt“ für zwei Jahrzehnte einen international ausstrahlenden deutsch-polnischen Konflikt herbeiführte. Für den auf „ethnische Gewalt, Globalisierung, Guerillaabewegungen und Revolutionen“ spezialisierten, in der alten Sowjetunion sozialisierten und heute in den USA lehrenden Politikwissenschaftler Georgi Derlugian war Danzig jedoch nur einer von vielen Plätzen, die er, wie das Elsaß, die irische Provinz Ulster, Sarajevo oder Jerusalem zur „geopolitischen Kategorie symbolisch umstrittener Orte“ zählt, „die gelegentlich explodieren“.

Der Vergleich gerade mit Danzig, wo sich ein Weltkrieg entzündete, muß schon erhalten, wenn Derlugian die Krisenregion Kaukasus beleuchtet und die Wurzeln der postsowjetischen Kriege und Konflikte bis ins 16. Jahrhundert zurückverfolgt (*Lettre International*, 133/2021). Jüngster Akt des westeuropäischen Zeitungsleser eher langweiligen Völkerdramas war der kurze Krieg, den Armenien und Aserbaidschan im Herbst 2020 um die armenische Exklave Bergkarabach ausfochten. Auf den ersten Blick schien das nur eine Neuaufgabe des Konfliktes, zwischen 1992 und 1994 ausgefochtenen Streits um dieses Territorium zu sein, der mit armenischen Geländegewinnen endete. Nun also die Revanche im Ringen um einen ewigen Zankapfel?

Für Derlugian, der die Szenerie seit Jahrzehnten beobachtet und analysiert, wäre dies eine peinliche Fehleinschätzung. Könnte es doch gut sein, daß man im Herbst 2020 einen „kleinen Weltkrieg“ gesehen hat – Teil eines wolgelernter – und Teil zwei unmittelbar bevorsteht. Denn für die Region Transkaukasien geht exemplarisch das erste Gesetz der Geopolitik, das besagt, daß ein Territorium dann strategische Bedeutung erlangt, wenn Großmächte es als für sich bedeutend imaginieren.

Und diese wachsenden Großmachtritten an einer alten weltpolitischen Gewitterzone lassen sich seit den 1990ern registrieren. Hier stoßen neben USA und Rußland die „Avatare einst gewaltiger eurasischer Reiche aufeinander“, Türkei, Iraner, Pakistaner und letztlich auch Chinesen. Im „kleinen Weltkrieg“ waren sie und ihre Vasallen letztes Jahr schon alle vertreten. Aserbaidschan siegte mit Hilfe türkischer Militärs, syrischer Dschihadisten und israelischer Drohnen. Pakistan stellte sich auf seinen Bakus, um im Gegenzug dessen Unterstützung für seine Rechte über Kaschmir zu bekommen. China, zwar jeglichem Separatismus abhold, auch dem armenischen in Karabach, betrachtet die pantürkische Verbrüderung im Kaukasus aber mit Argwohn, weil es als Element von Erdogans „Größerem Turkestan“ wahrnimmt, die sich mit Unterstützung der turkstämmigen Figuren bis in Mongolei ausdehnen könnte. Eine Expansion, die auch der Iran als Bedrohung auffaßt.

► www.lettre.de

Herzliche Einladung!



Zweimal im Jahr trennt sich die Bdk von Büchern, die doppelt vorliegen oder nicht in ihr Sammlungsprofil passen. Der letzte Dublettenverkauf hätte im Frühjahr stattfinden sollen, was wegen der Corona-Pandemie aber nicht möglich war. Dies holen wir nun nach:

Freitag, 20. August 2021 | 13:00 - 17:00 Uhr

Die Teilnahme am Dublettenverkauf ist an die bekannten gesetzlichen Auflagen gebunden:

- Bitte desinfizieren Sie am Eingang Ihre Hände!
- Alle Teilnehmer tragen durchgängig eine medizinische Maske (OP oder FFP2).
- Alle Teilnehmer hinterlassen ihre Kontaktdaten; diese werden nach vier Wochen vernichtet.
- Bitte halten Sie einen Abstand von 1,50 Metern ein!

Bitte haben Sie Verständnis, daß wir aus rechtlichen Gründen auf der Einhaltung dieser Auflagen bestehen müssen!

Der Lesesaal wird während des Verkaufs ausreichend belüftet sein. Wir bitten um Nachsicht, falls es wegen Auslastung zu Wartezeiten kommen sollte.

Kartenzahlung ist möglich.



BIBLIOTHEK
DES
KONSERVATISMUS

Bibliothek des Konservatismus
Fasanenstraße 4
10623 Berlin

Tel. 030-315 17 37 0
Fax: 030-315 17 37 21
E-Mail: info@bdk-berlin.org
Web: www.bdk-berlin.org